

Vorsorgevollmacht – Betreuungsverfügung – Patientenverfügung – Ehegattennotvertretungsrecht

von

Prof. Dr. Dr. h.c. Walter Zimmermann

Honorarprofessor an der Universität Regensburg
Vizepräsident des Landgerichts a. D., Passau

4., neu bearbeitete und erweiterte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
ESV.info/978-3-503-23671-8

1. Auflage 2007
2. Auflage 2010
3. Auflage 2017
4. Auflage 2023

Gedrucktes Werk: ISBN 978-3-503-23671-8
eBook: ISBN 978-3-503-23672-5

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2023
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992 als auch der ISO Norm 9706.

Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde
Druck: ducopoint, Barleben

Vorwort

Das Thema „Vorsorgevollmacht, Betreuungsverfügung, Patientenverfügung“ ist erst seit etwa 30 Jahren aktuell. Immer mehr Menschen bedürfen einer vom Gericht angeordneten Betreuung, derzeit sind es in Deutschland über 1,2 Millionen. Andererseits kann in vielen Fällen eine Betreuung verhindert werden, wenn jemand einer anderen Person eine Vollmacht erteilt; mehr als 5,3 Millionen solcher Vorsorgeurkunden sind bei der Bundesnotarkammer in Berlin registriert, wozu noch eine unbekannte Zahl von dort nicht registrierten Vollmachten kommt. Für solche Vollmachten wird von öffentlichen Stellen umfangreich geworben, um die staatlichen Kosten für Betreuungen zu verringern.

Mit Vorsorgevollmachten sind Betreuungsgerichte, Betreuungsbehörden, Betreuungsvereine, Notare, Rechtsanwälte, Ärzte, Krankenhäuser, Pflegeheime und sonstige Personen und Stellen (wie z.B. Banken) befasst. Eine Vorsorgevollmacht zu erteilen ist in manchen Fällen problematisch, eine Betreuung ist oft besser; fundierte rechtliche Kenntnisse sind im Einzelfall erforderlich, um die Vor- und Nachteile (die leider bei der fiskalisch motivierten öffentlichen Werbung für solche Vollmachten zu kurz kommen) einschätzen zu können und eine Formulierung zu finden, die den eigenen Willen zuverlässig dokumentiert.

Eine Betreuungsverfügung hilft bei der Ausgestaltung einer eventuellen künftigen Betreuung; die Betreuung kann dadurch nicht verhindert werden. Obwohl Betreuungsverfügungen wichtig sind, nichts kosten, keinen Nachteil haben, sind sie in der Öffentlichkeit kaum bekannt.

Eine Patientenverfügung gibt dem Betroffenen die Möglichkeit, für medizinische Vorgänge seinen Willen im Voraus für den Fall des Eintritts einer bestimmten Gesundheitssituation niederzulegen. Auch hier gibt es zahlreiche Fragen, über die sich auch ein Jurist nicht ohne weiteres im Klaren ist, und laienhafte Formulierungen, die nicht weiterhelfen („Ich will keine Aparatemedizin, sondern einmal in Frieden sterben“).

Das Buch ist so geschrieben, dass es auch für interessierte Laien verständlich ist. Im Anhang sind u.a. kommentierte Formulare für Vorsorgevollmachten, Geschäftsbesorgungsverträge betreffend die Wahrnehmung einer Vollmacht, Betreuungsverfügungen und Patientenverfügungen abgedruckt.

Passau, im Juni 2023

Walter Zimmermann

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	19

1. Kapitel

WAS GESCHIEHT BEI KRANKHEIT, ALTER, UNFALL, WENN NICHT VORGESORGT WURDE?

A. Überblick	23
B. Die einzelnen „Vorsorgeinstrumente“	24
C. Betreuungsverfahren des Betreuungsgerichts	25
I. Zuständigkeit	25
II. Weiterer Ablauf des Verfahrens	25
III. Entscheidung des Betreuungsgerichts	26
1. Betreuung ohne Einwilligungsvorbehalt	26
2. Betreuung mit Einwilligungsvorbehalt	26
IV. Verfahren und Entscheidung in Eilfällen	26
V. Auswahl des Betreuers	27
D. Stellung des Betreuers	28
I. Gesetzlicher Vertreter	28
II. Genehmigungen des Betreuungsgerichts	29
III. Weiteres zur Stellung des Betreuers	30
IV. „Befreite Betreuung“	31
E. Der Schutz des Betreuten	31
F. Ende der Betreuung, Entlassung des Betreuers	31
G. Rechtsmittel	32
H. Kosten der Betreuung	32
I. Gerichtskosten	32
II. Vergütung des Betreuers	33
1. Ehrenamtlicher Betreuer	33
2. Berufsmäßiger Betreuer	33

2. Kapitel

DIE VORSORGEVOLLMACHT

A. Die Stellvertretung	35
B. Wesen und Zweck der Vorsorgevollmacht	36
I. Begriff der Vorsorgevollmacht	36
II. Zweck der Vorsorgevollmacht	37

Inhaltsverzeichnis

III.	Abgrenzung Vollmacht – Betreuungsverfügung – Patientenverfügung	38
IV.	Beratungspflichten von Gericht, Betreuungsbehörde, Betreuungsver- ein	39
C.	Vor- und Nachteile der Vorsorgevollmacht	40
I.	Vorteile der Vorsorgevollmacht	40
II.	Nachteile der Vorsorgevollmacht, Missbrauch	42
D.	Voraussetzungen einer wirksamen Vollmacht	45
I.	Eindeutige Erteilung von Vertretungsmacht	45
II.	Geschäftsfähigkeit des Vollmachtgebers	46
1.	Geschäftsfähigkeit bzw. Einwilligungsfähigkeit	46
2.	Feststellung der Geschäftsfähigkeit, Gutachten	48
3.	Wesentlicher Zeitpunkt für die Geschäftsfähigkeit	50
4.	Bedeutung späterer Geschäftsunfähigkeit	51
a)	Für die Vollmacht	51
b)	Für das Grundverhältnis	52
III.	Form der Vollmacht	52
1.	Mündliche Form ausreichend, Schriftform zweckmäßig	52
2.	Schriftform notwendig in Grundbuch-, Handelsregister- und Prozesssachen	53
3.	Schriftform notwendig in Gesundheitssachen (§ 1829 V BGB) ..	53
4.	Schriftform notwendig bei ärztlichen Zwangsmaßnahmen (§ 1832 BGB)	54
5.	Schriftform notwendig in Unterbringungssachen (§ 1831 BGB) .	55
6.	Notariell beglaubigte Vollmacht	56
7.	Notariell beurkundete Vollmacht	56
8.	Beglaubigung durch die Betreuungsbehörde	57
9.	Form bei Fortgeltung der Vollmacht nach dem Tod	58
10.	Auslandsfälle	59
IV.	Einverständnis des Bevollmächtigten notwendig?	59
V.	Erteilung der Vollmacht, Aushändigung der Urkunde	60
VI.	Beurkundung des Grundgeschäfts	60
E.	Gestaltung des Inkrafttretens von Vorsorgevollmachten	60
I.	Aufschiebend bedingte Vollmachten	61
1.	Nachweis des Eintritts der Bedingung	62
2.	Geschäftsunfähigkeit als Bedingung?	62
3.	Betreuungsbedürftigkeit als Bedingung?	63
4.	Bedingte Vollmacht mit Anknüpfung an ein ärztliches Attest ...	64
II.	Anweisungen über die Aushändigung der Vollmacht an den Notar ..	65
III.	Anweisungen über die Aushändigung der Vollmacht im privaten Bereich	66
IV.	Unbedingte Vollmacht, Aushändigung an den Bevollmächtigten, im Innenverhältnis Vereinbarung der Verwendung	67

F. Möglicher Inhalt einer Vorsorgevollmacht	68
I. Generalvollmacht – Spezialvollmacht; nicht vollmachtsfähige Angelegenheiten	68
II. Vertretungsmacht in Vermögensangelegenheiten	69
II. Vertretung in Gesundheitsangelegenheiten und ärztlichen Zwangsmaßnahmen	70
1. Bedeutung der Aufklärung und Einwilligung des Patienten	70
2. Zulässigkeit der Vorsorgevollmacht	71
3. Voraussetzungen einer wirksamen Vollmacht	72
a) Allgemeine Voraussetzungen	72
b) Schriftlichkeit der Vollmacht	72
c) Ausdrücklichkeit	72
4. Keine Verdrängung der Rechtsmacht des Vollmachtgebers	74
5. Probleme des Arztes	74
6. Sonderfall: Bluttransfusion bei Zeugen Jehovas	75
7. Bedeutung von Altvollmachten (vor dem 1.1.1999 bzw. vor 1.1.2023 erteilt)	76
IV. Vertretungsmacht für die freiheitsentziehende Unterbringung und ähnliche Maßnahmen	77
1. Grundlagen	77
a) Offene Unterbringung	77
b) Geschlossene Unterbringung	77
c) Unterbringungsähnliche Maßnahmen	78
2. Bedeutung der Einwilligung des Vollmachtgebers	78
3. Generelle Zulässigkeit der Vorsorgevollmacht für die Unterbringung	79
4. Voraussetzungen einer wirksamen Vollmacht	79
5. Gebrauchmachen von der Vollmacht	80
6. Ausübung von Zwang durch den Bevollmächtigten; Kosten	80
7. Beendigung der Unterbringung	81
8. Bedeutung vor dem 1.1.1999 erteilter Vollmachten	82
V. Vertretungsmacht in sonstigen Angelegenheiten?	82
VI. Schenkungen des Bevollmächtigten	83
1. Wann sind Schenkungen erlaubt?	83
2. Wann sind Schenkungen verboten?	84
3. Klausel: Schenkungsrecht wie ein Betreuer	85
b) Übliche Gelegenheitsgeschenke	86
c) Genehmigung des Betreuungsgerichts?	86
d) Wünsche des Vollmachtgebers	87
VII. Recht zu Insichgeschäften (§ 181 BGB)	87
1. Grundlagen	87
2. Zulässige Insichgeschäfte	88
a) Gestattung	88
b) Erfüllung einer Verbindlichkeit	88

Inhaltsverzeichnis

3.	Rechtsfolgen des verbotenen Inlichgeschäfts	88
4.	Ratschlag	89
VIII.	Recht zur Erteilung von Untervollmachten	89
1.	Wesen der Unterbevollmächtigung	89
2.	Abgrenzung, Bedürfnis	90
3.	Recht zur Unterbevollmächtigung	90
4.	Prozessvollmacht	91
5.	Ratschlag	91
IX.	Bestellung von Ersatzbevollmächtigten	91
1.	Bedingte Ernennung im Außenverhältnis (d.h. in der Vollmachtenurkunde)	92
2.	Beschränkung nur im Innenverhältnis	92
X.	Anordnung der Geltung der Vollmacht über den Tod hinaus	93
1.	Wenn der Vollmachtgeber keine Regelung getroffen hat	93
2.	Wenn der Vollmachtgeber eine Regelung getroffen hat	93
3.	Ernennung des Bevollmächtigten zum Testamentsvollstrecker ...	94
XI.	Bestellung mehrerer Bevollmächtigter	96
1.	Mehrere Bevollmächtigte mit gleichem Aufgabenkreis	96
a)	Einzelvertretungsbefugnis	96
b)	Gesamtvertretung	97
c)	Wechselseitige Bevollmächtigungen	97
2.	Mehrere Bevollmächtigte mit verschiedenen Aufgabenkreisen ...	98
XII.	Vorsorgevollmacht von Unternehmern	98
XIII.	Vollmachten für Bankgeschäfte	99
XIV.	Verwendung von Formularen	100
G.	Der Bevollmächtigte und seine Rechtsstellung	101
I.	Geeignete Bevollmächtigte	101
II.	Ungeeignet: Die in § 1816 VI BGB genannten Personen	102
III.	Erteilung einer Vollmacht an den Betreuer	104
IV.	Betreuungsvereine als Bevollmächtigte?	105
V.	Einzelfragen zur Rechtsmacht des Bevollmächtigten	105
1.	Vertretung im Prozess, z.B. im Zivilprozess	105
2.	Vertretung in der Zwangsvollstreckung	106
3.	Vertretung bei Annahme und Ausschlagung der Erbschaft	106
4.	Vertretung bei der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung im Erbscheinsverfahren	107
5.	Bankgeschäfte	108
6.	Sonstige Fälle	108
7.	Konkurrenz mit einem Testamentsvollstrecker	109
VI.	Rechtsdienstleistungsgesetz	110
1.	Grundlagen	110
2.	Zur Rechtsdienstleistung berechnigte Personen	111

Inhaltsverzeichnis

a) Rechtsanwälte, Notare	111
b) Gerichtlich eingesetzte Personen	111
c) Betreuungsbehörden	111
d) Betreuungsvereine	111
3. Erlaubnisfreie Tätigkeiten	111
a) Erlaubte Rechts-Nebenleistungen des Bevollmächtigten	111
b) Keine fremde Angelegenheit für den Bevollmächtigten	113
c) Keine besondere rechtliche Prüfung des Einzelfalls	114
d) Unentgeltliche Rechtsdienstleistungen	115
e) Ergebnis	115
4. Keine Möglichkeit, eine Erlaubnis zu erlangen	116
5. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das RDG	116
a) Grundverhältnis	116
b) Vollmacht	116
c) Geschäfte des Bevollmächtigten	117
d) Ordnungswidrigkeit	117
VII. Gesetz über das Kreditwesen	117
VIII. Beamte als Bevollmächtigte	118
IX. Nachteile für den Bevollmächtigten im Erbfall?	119
H. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Vorsorgebevollmächtigten und dem Vollmachtgeber	119
I. Das Grundverhältnis (Innenverhältnis)	119
1. In Frage kommende Grundverhältnisse	120
2. Keine Verdrängung der Rechtsmacht des Vollmachtgebers	121
3. Folgen eines Verstoßes gegen die übernommenen Pflichten	121
I. Auftrag als Grundverhältnis; Zustandekommen	122
1. Durchführung des Auftrags, Auskünfte, Abrechnung	122
2. Kündigung durch den Bevollmächtigten	123
3. Kündigung durch den Vollmachtgeber	124
4. Vergütung des Bevollmächtigten	124
5. Erbrechtlicher Ausgleich nach § 2057a BGB	124
6. Aufwendungsersatz	125
7. Haftung des Bevollmächtigten	125
III. Geschäftsbesorgungsvertrag als Grundverhältnis	127
1. Zustandekommen	127
2. Durchführung der Geschäftsbesorgung	127
3. Vereinbarungen über die Durchführung der Geschäftsbesorgung	128
a) Gesundheitspflege, Unterbringung, privater Bereich	129
b) Verwaltung größerer Vermögen im Allgemeinen	129
c) Verwaltung größerer Geld- und Wertpapiervermögen	130
4. Vergütung und Ersatz von Auslagen	132
a) Vereinbarungen über die Vergütung des Bevollmächtigten	132
b) Aufwendungsersatz	135

Inhaltsverzeichnis

5. Kündigung durch den Bevollmächtigten	136
6. Kündigung durch den Vollmachtgeber	136
I. Genehmigungen des Betreuungsgerichts	136
I. Gesundheitsangelegenheiten, Zwangsmaßnahmen (§§ 1829, 1831, 1832 BGB)	136
1. Grundlagen	136
2. Genehmigung des Betreuungsgerichts	139
a) Medizinische Maßnahmen:	140
b) Ärztliche Maßnahme mit Gefahrenpotential	141
3. Entbehrlichkeit einer Genehmigung des Betreuungsgerichts	142
4. Das Genehmigungsverfahren des Betreuungsgerichts	142
a) Antrag, Verfahren	142
b) Genehmigung der Einwilligung des Bevollmächtigten	143
c) Ablehnung der Genehmigung	144
d) Rechtsmittel	144
II. Freiheitsentziehende Unterbringung (§ 1831 BGB)	144
1. Grundlagen	144
2. Genehmigungsfälle	145
a) Gefahr gesundheitlicher Schäden	145
b) Untersuchung des Gesundheitszustandes, Heilbehandlung	146
c) Unterbringungsähnliche Maßnahmen	146
d) Freiheitsentziehung (geschlossenes Altenheim)	147
e) Wohl des Vollmachtgebers	147
f) Erforderlichkeitsgrundsatz	148
3. Unterbringung ohne vorherige Genehmigung des Betreuungsgerichts	148
a) Eilfälle	148
b) Einwilligung des Vollmachtgebers	148
c) Familienpflege	149
d) Genehmigungsfreie Maßnahmen	149
4. Das Genehmigungsverfahren des Betreuungsgerichts	150
a) Antrag, Verfahren	150
b) Genehmigung der Einwilligung des Bevollmächtigten	150
c) Eilfälle	151
d) Ablehnung der Genehmigung	151
e) Auswahl des Heims etc.	151
5. Rechtsmittel	152
III. Genehmigungserfordernis in den Fällen der Sterbehilfe, § 1829 I, II BGB	152
IV. Keine sonstigen Kompetenzen des Betreuungsgerichts	154
J. Aufbewahrung und Hinterlegung der Vollmachtsurkunde	154
I. Beliebige Aufbewahrung, Ablieferungspflicht	155
II. Hinterlegung beim Betreuungsgericht	155

Inhaltsverzeichnis

III.	Registrierung bei der Bundesnotarkammer in Berlin	155
1.	Eintragungsantrag	156
2.	Inhalt der Eintragung	157
3.	Bestätigungsschreiben	158
4.	Auskunft aus dem Register	158
5.	Gebühr für die Eintragung	159
6.	Institutionelle Nutzer	159
K.	Der Widerruf der Vorsorgevollmacht	159
I.	Widerrufliche Vollmachten	159
II.	Unwiderrufliche Vollmachten	161
1.	Allgemeines	161
2.	Vorsorgevollmacht	162
III.	Widerruf nur aus wichtigem Grund?	162
IV.	Durchführung des Widerrufs der Vollmacht	163
V.	Widerruf bei Untervollmacht	164
VI.	Widerruf der Vollmacht durch den anderen Bevollmächtigten	165
VII.	Widerruf der Vorsorgevollmacht durch einen Betreuer	166
1.	Allgemeines	166
2.	Rechtslage bis 2022	167
3.	Rechtslage ab 2023	168
VIII.	Widerruf der Vollmacht durch das Betreuungsgericht	171
1.	Gerichtliche Eilmaßnahmen	171
2.	Suspendierung der Vollmacht	172
IX.	Kündigung des Grundverhältnisses	173
X.	Die Rückgabe der Vollmachtsurkunde	173
1.	Bedeutung der Urkunde	173
2.	Rückgabe der Urkunde bei einem Bevollmächtigten	174
3.	Rückgabe der Urkunde bei mehreren Bevollmächtigten	174
4.	Vollmacht und Grundgeschäft in einer Urkunde	174
5.	Verständigung vom Widerruf	174
6.	Anordnung des Betreuungsgerichts bei Suspendierung bzw. Widerruf	175
7.	Kraftloserklärung	175
L.	Sonstige Fälle des Erlöschens der Vollmacht	175
I.	Befristung	175
II.	Bedingung	176
III.	Verzicht des Bevollmächtigten	176
IV.	Bestellung eines Betreuers	176
V.	Geschäftsunfähigkeit des Bevollmächtigten	177
VI.	Wegfall des Vertrauensverhältnisses?	177
VII.	Tod des Bevollmächtigten	178
VIII.	Insolvenz des Vollmachtgebers	178
IX.	Insolvenz des Bevollmächtigten	179

Inhaltsverzeichnis

X.	Missbrauch der Vollmacht	179
M.	Der Tod des Vollmachtgebers	179
I.	Gilt die Vollmacht über den Tod des Vollmachtgebers hinaus?.....	179
	1. Wenn der Vollmachtgeber eine Regelung getroffen hat	179
	2. Wenn der Vollmachtgeber keine Regelung getroffen hat	180
II.	Rechtsstellung des Bevollmächtigten nach dem Tod des Vollmachtgebers	181
III.	Missbrauch der Vollmacht ab dem Todesfall	183
IV.	Widerruf der Vollmacht durch die Erben	184
	1. Unkenntnis der Erben	184
	2. Widerrufsvoraussetzungen	184
	3. Widerruf bei Erbengemeinschaft	185
	4. Widerruf, wenn der Bevollmächtigte Miterbe oder Alleinerbe ist	185
V.	Widerruf der Vollmacht durch Testamentsvollstrecker	185
VI.	Welche Regelung soll man treffen?	186
N.	Der Missbrauch der Vollmacht	187
I.	Überschreitung der Vertretungsmacht	187
II.	Nichtbeachtung der im Innenverhältnis gezogenen Grenzen	187
III.	Ansprüche des Vollmachtgebers bei Missbrauch	188
IV.	Möglichkeiten, Missbrauch zu verhindern	190
	1. Mehrere Bevollmächtigte mit Gesamtvertretung	190
	2. Erteilung mehrerer Spezialvollmachten	191
	3. Beschränkung der Vollmacht im Außenverhältnis	191
	a) Beschränkte Generalvollmacht	191
	b) Bindung an die Rechtsstellung eines Betreuers?	191
	c) Beschränkung der Vollmacht durch Patientenverfügung	192
	4. Eigene Bestellung eines Kontroll-Bevollmächtigten	192
	5. Bestellung eines Kontrollbetreuers durch das Betreuungsgericht	192
	6. Inkaufnahme einer Teil-Betreuung	192
O.	Kontrolle des Bevollmächtigten	192
I.	Kontrolle durch den Vollmachtgeber	192
II.	Kontrolle durch das Betreuungsgericht	193
III.	Kontrolle durch einen Kontrollbetreuer	193
	1. Kontrollbetreuung: §§ 1815 III, 1820 III BGB	194
	a) Voraussetzungen	195
	b) Verdacht des Missbrauchs	196
	c) § 1820 III Nr. 2 BGB	196
	d) Befugnisse des Kontrollbetreuers	197
	2. Widerruf der Vollmacht durch einen Betreuer	198
	3. Verfahrensfragen	198
	4. Beschwerderecht des Bevollmächtigten?	199
IV.	Kontrolle des Bevollmächtigten auf andere Weise	199

Inhaltsverzeichnis

1. Nicht legitimierte Familienangehörige	199
2. Selbst gewählte Kontrollpersonen	200
3. Mittelbare Kontrolle durch den Geschäftsgegner	200
P. Haftungsfragen, Versicherung	201
I. Haftung des Vollmachtgebers für den Bevollmächtigten	201
II. Haftung des Bevollmächtigten gegenüber dem Vollmachtgeber	201
III. Haftung des Bevollmächtigten gegenüber Dritten	202
IV. Haftpflichtversicherung	202
Q. Kosten, Gebühren, Auslagen	203
I. Betreuungsgerichtliche Kosten	203
1. Genehmigung einer Unterbringung	203
2. Genehmigung einer Gesundheitsbehandlung	203
3. Genehmigung des Vollmachtswiderrufs	204
II. Rechtsanwaltskosten	204
III. Notarkosten	205
1. Beglaubigung einer Unterschrift unter einer Vollmacht	205
2. Beurkundung einer Vollmacht	205
a) Vorsorgevollmacht nur für nichtvermögensrechtliche Angelegenheiten	206
b) Vorsorgevollmacht für alle Angelegenheiten (Generalvoll- macht)	206
c) Gebühr für die Registrierung der Vorsorgevollmacht	209
d) Speicherung der Daten des Bevollmächtigten im Vorsorge- register	209
e) Gebühr für die Hinterlegung der Vorsorgevollmacht	209
f) Gebühr für die Prüfung, ob eine Ausfertigung der Vollmacht erteilt wird	209
g) Beurkundung des Grundgeschäfts	210
h) Bewertung einer Betreuungsverfügung	210
i) Bewertung einer Patientenverfügung	210
j) Bewertung eines „Vorsorgepakets“	210
k) Rechtsmittel	211
IV. Beglaubigungsgebühr der Betreuungsbehörde	211
V. Gebühren des zentralen Vorsorgeregisters der Bundesnotarkammer	211
VI. Honorar des Bevollmächtigten	211
R. Die Bedeutung der Vollmacht im Betreuungsverfahren	212
I. Prüfung durch das Betreuungsgericht, ob eine wirksame Voll- macht vorliegt	212
II. Folgen, wenn das Ehegattenvertretungsrecht (§ 1358 BGB) eingreift	213
III. Folgen, wenn eine ausreichende Vollmacht vorliegt	214
IV. Fälle, in denen trotz Vorsorgevollmacht eine Betreuung angeordnet werden kann	214

Inhaltsverzeichnis

1. Unkenntnis des Gerichts von der Vollmacht	214
2. Vollmacht ist abgelaufen	215
3. Unwirksamkeit der Vollmacht	215
4. Fehlende Akzeptanz der Vollmacht	215
5. Vollmacht wirksam, deckt aber nicht alle anstehenden Aufgaben ab	216
6. Vollmacht entspricht nicht den Form- und Inhaltsvorschriften . .	217
7. Wirksame Vollmacht, aber der Bevollmächtigte wird nicht tätig	218
8. Missbrauchsverdacht, Zweifel an der Redlichkeit	219
9. Nicht vollmachtsfähige Angelegenheit	219
10. Zwangsausübung bei der Zuführung zur Unterbringung	220
11. Betreuungsanordnung, weil ein Einwilligungsvorbehalt erforder- lich ist	220
12. Der Bevollmächtigte ist nach § 1816 VI BGB ausgeschlossen . . .	221
13. Mangelnde Eignung des Bevollmächtigten, Unfähigkeit	221
IV. Beschwerderecht des Bevollmächtigten gegen die Anordnung der Betreuung?	222
1. Eigenes Beschwerderecht des Bevollmächtigten?	223
2. Allgemeiner Betreuer/Kontrollbetreuer	224
3. Der Betreuer hat die Vollmacht bereits widerrufen	224
4. Aufgabenkreis „Vollmachtswiderruf“ für den Betreuer	225
5. Auswahl einer bestimmten Person	225
6. Beschwerde im Namen des Vollmachtgebers	225
V. Zwang oder Pflicht, eine Vorsorgevollmacht zu erteilen, um eine Betreuung zu vermeiden?	226
VI. Verhältnis Vollmacht – Betreuung	227
S. Fälle mit Auslandsbezug	227
I. Ausländische Regelungen	227
II. Deutsches Kollisionsrecht	229
III. Internationale Regelungen	229
IV. Verwendung der deutschen Vollmachtsurkunde im Ausland	231
T. Das Beratungsgespräch über die Vorsorgevollmacht	232
I. Die Vorsorgevollmacht	232
II. Regelung des Grundverhältnisses bei der Vorsorgevollmacht	234
U. Häufige Mängel bei der Vorsorgevollmacht	235

3. Kapitel

GESETZLICHES VERTRETUNGSRECHT DER EHEGATTEN BEI GESUNDHEITSSORGE

1. Entwicklung des Problems	238
2. Gesetzestext des § 1358 BGB	238
3. Das Vertretungsrecht	240

4. Kapitel
DIE BETREUUNGSVERFÜGUNG

A. Voraussetzungen	246
I. Begriff	246
II. Amtliche Verwahrung, Registrierung	246
III. Übermittlungspflicht (Ablieferung)	247
IV. Geschäftsfähigkeit	248
V. Form der Betreuungsverfügung	248
VI. Inhalt der Betreuungsverfügung	249
B. Bedeutung der Betreuungsverfügung	250
I. Bedeutung für die Anordnung der Betreuung	250
II. Bedeutung für die Durchführung der Betreuung	252
1. Vorschläge für die Auswahl des Betreuers	252
2. Wünsche des Hilfsbedürftigen für die Durchführung der Betreuung	253
III. Mögliche weitere Bedeutungen der Betreuungsverfügung	254
C. Bewertung der Betreuungsverfügung	254

5. Kapitel
DIE PATIENTENVERFÜGUNG

A. Grundlagen	255
I. Entwicklung des Problems	255
II. Voraussetzungen der Behandlung eines Patienten im Allgemeinen ...	256
III. Begriff und Rechtsnatur der Patientenverfügung	258
IV. Probleme bei der Abfassung von Patientenverfügungen	259
1. Die künftige Situation ist nicht vorhersehbar	259
2. Unbefriedigende Lage bei Abfassung der Patientenverfügung ...	260
B. Die Errichtung einer Patientenverfügung	262
I. Geschäftsfähigkeit oder Einwilligungsfähigkeit des Patienten?	262
II. Freiwilligkeit der Erklärung	263
III. Aufklärung des Patienten	263
IV. Form der Patientenverfügung	264
V. Unterschrift von Zeugen, Ärzten?	265
VI. Die Formulierung einer Patientenverfügung	265
VII. Registrierung der Patientenverfügung	266
VIII. Kosten der Errichtung einer Patientenverfügung	267
C. Wirkungen einer Patientenverfügung	267
I. Reichweite einer Patientenverfügung	267
1. Allgemeines	267

Inhaltsverzeichnis

2. Sonderfall: Abbruch der künstlichen Ernährung („Sterbehilfe“)	268
II. Zeitliche Dauer der Wirkung der Patientenverfügung	270
1. Späterer Wegfall der Einwilligungsfähigkeit	270
2. Laufende Revision und Aktualisierung der Patientenverfügung	270
3. Widerruf der Patientenverfügung	271
III. Auslegung der Patientenverfügung	272
IV. Bindungswirkung einer Patientenverfügung	273
1. Bindung des Arztes an die Patientenverfügung?	275
2. Bindung von Gerichten an die Patientenverfügung?	276
3. Bindung des Betreuers an die Patientenverfügung	276
4. Bindung des Bevollmächtigten an die Patientenverfügung	277
V. Ist neben einer Patientenverfügung eine Betreuung oder Vorsorgevollmacht erforderlich?	277
VI. Patientenverfügung und Organspendeerklärung	279
VII. Hospiz- und Palliativgesetz	279
D. Die Genehmigung des Betreuungsgerichts	280
I. Fälle	280
II. Fälle, in denen keine Genehmigung des Gerichts erforderlich ist	281
1. Einvernehmen mit dem Arzt bei Behandlungen	281
2. Kurze Zeitspanne bei der Freiheitsentziehung	282
3. Widerruf der Vollmacht des Vollmachtgebers	283
III. Genehmigungskriterien	283
IV. Genehmigungsverfahren	283
V. Eintritt der Wirksamkeit des Beschlusses	283
VI. Schutz des Betroffenen	284
Anhänge	285
Anhang 1: Formulare: Vorsorgevollmacht	287
Anhang 2: Formulare: Vertrag zwischen dem Vollmachtgeber und dem Bevollmächtigten	295
Anhang 3: Formular: Betreuungsverfügung	301
Anhang 4: Formular: Patientenverfügung	302
Anhang 5: Verordnung über das Zentrale Vorsorgeregister	310
Anhang 6: Satzung über die Gebühren in Angelegenheiten des Zentralen Vorsorgeregisters (Vorsorgeregister-Gebührensatzung – ZVR-GebS)	315
Literaturverzeichnis	319
Sachverzeichnis	331